expertenReport



Quelle: KI-generierte Illustration

Konjunkturerholung ohne Entwarnung: Insolvenzen steigen, Arbeitsmarkt bleibt schwach

Ute Pappelbaum

Die Bundesregierung sieht die deutsche Wirtschaft auf Erholungskurs. Doch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wächst weiter, knapp drei Millionen Menschen sind arbeitslos und die Beschäftigung geht im Vorjahresvergleich zurück. Der Konjunkturbericht für November 2026 zeigt, wie weit wirtschaftliche Zuversicht und betriebliche Realität noch auseinanderliegen.

Der am 13. November veröffentlichte Konjunkturbericht der Bundesregierung beschreibt dennoch eine zunehmende Stabilisierung. Die Industrieproduktion steigt, die Auftragseingänge erholen sich und die Geschäftserwartungen hellen sich auf. Das Bruttoinlandsprodukt legte im dritten Quartal um 0,2 Prozent zu.

Zwischen diesen positiven Konjunktursignalen und der wirtschaftlichen Lage vieler Betriebe besteht allerdings weiterhin eine erhebliche Lücke.

Unternehmensinsolvenzen bleiben auf hohem Niveau

Allein im August 2026 meldeten die Amtsgerichte 2.067 Unternehmensinsolvenzen. Gegenüber August 2025 entspricht das einem Anstieg um 4,4 Prozent. Im Zwölfmonatszeitraum von September 2025 bis August 2026 summierten sich die registrierten Fälle auf 25.131.

Auch die aktuelleren Zahlen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigen keine grundlegende Entspannung. Im Oktober wurden 1.683 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften erfasst, 8,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Innerhalb der vergangenen zwölf Monate stieg ihre Zahl um 8,8 Prozent auf 18.932.

Die beiden Statistiken unterscheiden sich hinsichtlich der erfassten Unternehmen und sind deshalb nicht unmittelbar vergleichbar. In ihrer Aussage stimmen sie jedoch überein: Die wirtschaftliche Erholung hat den Anstieg der Insolvenzen bislang nicht gestoppt.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer rechnet für das Gesamtjahr inzwischen mit rund 26.000 Unternehmensinsolvenzen. Das wäre nach ihrer Einschätzung der höchste Jahresstand seit 2012.

Bemerkenswert ist dabei, dass die Gläubigerforderungen trotz steigender Fallzahlen zurückgegangen sind. Von Januar bis August 2026 bezifferten die Amtsgerichte diese auf rund 25,9

Milliarden Euro, nach 37,2 Milliarden Euro im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Destatis führt dies darauf zurück, dass 2025 mehr wirtschaftlich bedeutende Unternehmen Insolvenz beantragt hatten.

Die Entwicklung betrifft damit nicht allein große Unternehmenszusammenbrüche. Besonders hoch ist die Insolvenzhäufigkeit im Verkehr und in der Lagerei, im Gastgewerbe sowie im Baugewerbe.

Die Beschäftigung verliert weiter an Substanz

Auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich eine ähnliche Diskrepanz zwischen den Erwartungen und der tatsächlichen Entwicklung.

Im Oktober sank die Zahl der Arbeitslosen gegenüber September zwar um 40.000 auf 2,955 Millionen. Dieser Rückgang fiel im Rahmen der üblichen Herbstbelebung jedoch vergleichsweise schwach aus. Saisonbereinigt stieg die Arbeitslosigkeit um 4.000 Personen. Gegenüber Oktober 2025 waren 44.000 Menschen mehr arbeitslos.

Die Arbeitslosenquote lag bei 6,3 Prozent.

Auch die Beschäftigungszahlen geben keinen Anlass zur Entwarnung. Im September waren 45,77 Millionen Menschen erwerbstätig, 211.000 weniger als ein Jahr zuvor. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im August mit 34,87 Millionen ebenfalls unter dem Vorjahresniveau.

Zwar nahm sie gegenüber Juli saisonbereinigt um 14.000 Personen zu. Das Bundeswirtschaftsministerium weist allerdings darauf hin, dass dieser Anstieg durch Ferieneffekte überzeichnet sein könnte.

Die Bundesagentur für Arbeit spricht weiterhin von unzureichenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Verbesserung.

Warum die Erholung noch keine neuen Arbeitsplätze schafft

Die Industrieproduktion stieg im September um 1,7 Prozent, die Auftragseingänge legten um 4,4 Prozent zu. Gleichzeitig verbesserte sich die Stimmung in den Unternehmen. Der ifo-Geschäftsklimaindex erreichte den höchsten Stand seit knapp dreieinhalb Jahren.

Aus einer besseren Auftragslage folgt jedoch nicht unmittelbar zusätzlicher Personalbedarf.

Unternehmen können zunächst vorhandene Kapazitäten stärker auslasten, Produktionsrückstände aufholen oder ihre Produktivität erhöhen. Neueinstellungen setzen dagegen voraus, dass die erwartete Nachfrage dauerhaft tragfähig erscheint.

Hinzu kommt, dass viele Betriebe weiterhin unter hohen Kosten leiden. In der aktuellen DIHK-Konjunkturumfrage nennen 67 Prozent der Unternehmen Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko, 56 Prozent die Arbeitskosten.

Die Insolvenzentwicklung und die schwache Beschäftigung sind damit nicht zwangsläufig Folgen derselben unmittelbaren Ursache. Beide verweisen jedoch auf eine Wirtschaft, in der steigende Auftragseingänge noch nicht ausreichen, um die finanzielle Stabilität und die Personalplanung der Unternehmen nachhaltig zu verbessern.

Die Risiken bleiben auch für Versicherer bestehen

Für Kreditversicherer, Banken und andere Finanzierer ist diese Entwicklung von unmittelbarer Bedeutung. Eine konjunkturelle Stabilisierung verbessert zwar die Aussichten auf künftige Umsätze. Bestehende Zahlungsschwierigkeiten und Liquiditätsengpässe werden dadurch jedoch nicht automatisch beseitigt.

Gerade bei Unternehmen mit geringen finanziellen Reserven können verspätete Zahlungseingänge, hohe Finanzierungskosten oder ausfallende Geschäftspartner weiterhin erhebliche Folgen haben.

Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen bleibt deshalb ein wichtiger Indikator für Kredit- und Forderungsausfallrisiken. Aus der Zahl der Insolvenzverfahren allein lässt sich allerdings weder die Höhe künftiger Versicherungsschäden noch die tatsächliche Ausfallquote ableiten.

Auch der Arbeitsmarkt hat eine finanzwirtschaftliche Dimension. Schwache Beschäftigung und unsichere Einkommensperspektiven begrenzen die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte. Damit bleiben wesentliche Impulse für die Binnenwirtschaft aus.

Der Aufschwung muss sich erst noch beweisen

Die Bundesregierung erwartet für das Jahresende eine etwas kräftigere wirtschaftliche Dynamik. Dafür sprechen die verbesserten Auftragseingänge, die günstigeren Geschäftserwartungen und das Nachlassen einzelner Produktionshemmnisse.

Gleichzeitig bleibt die Ausgangslage schwierig. Der private Konsum entwickelt sich schwach, die Investitionstätigkeit war im dritten Quartal erneut rückläufig und die Zahl der Unternehmensinsolvenzen liegt weiterhin über dem Vorjahresniveau.

Der Konjunkturbericht liefert damit weniger eine Entwarnung als eine Momentaufnahme des Übergangs. Die wirtschaftlichen Erwartungen verbessern sich bereits, während sich die Belastungen der vergangenen Jahre in den Unternehmensinsolvenzen und Beschäftigungszahlen fortsetzen.

Ein Aufschwung lässt sich an steigenden Produktionszahlen erkennen. Seine wirtschaftliche Tragfähigkeit zeigt sich jedoch erst, wenn Unternehmen wieder dauerhaft bestehen können und aus besseren Geschäftserwartungen zusätzliche Arbeitsplätze werden. Davon ist Deutschland im November 2026 noch ein gutes Stück entfernt.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im November 2026, 13. November 2026

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



https://www.experten.de/id/4953037/unternehmensinsolvenzen-arbeitslosigkeit-konjunktur-november-2026/